

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG
(INSTITUT FÜR KONJUNKTURFORSCHUNG)

Wochenbericht

27. Jahrgang

Berlin, den 21. Oktober 1960

Nummer 43

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — ohne Quellenangabe nicht zulässig

Die internationale und die westdeutsche Konjunktur Mitte Oktober 1960

Die internationale Situation

Die Herbstmonate brachten stärkere Differenzierungen der konjunkturellen Entwicklung nicht nur zwischen den Industrieländern, sondern auch innerhalb der einzelnen Volkswirtschaften zwischen den verschiedenen Wirtschaftsbereichen. In den Vereinigten Staaten von Amerika hat sich die konjunkturelle Abschwächung fortgesetzt. Für die Verlangsamung der wirtschaftlichen Expansion in Europa ist in einigen Ländern geringere Angebotselastizität, in anderen aber eine schwächer wachsende Nachfrage verantwortlich. Diese Entwicklung hat bei unverändert hoher Beschäftigung z. B. in Großbritannien, wo sich die Absatzsituation der Automobilindustrie und darüber hinaus auch der übrigen dauerhaften Konsumgüter verschlechtert hat, zu einer Entspannung des Arbeitsmarktes, zum Teil allerdings aber auch schon zu Verzichten auf Produktivitätsfortschritte geführt.

Den europäischen Ländern ist es im Laufe der letzten Jahre besser als den USA gelungen, kontinuierliches Wirtschaftswachstum zu verwirklichen. Dies machte nicht nur eine unaufhörliche Überprüfung der konjunkturellen Situation, sondern vor allem eine elastische Anpassung und Handhabung des konjunkturpolitischen Instrumentariums erforderlich. In diesem Sinne hat sich die französische wirtschaftspolitische Führung zu einer Verbilligung der allgemeinen Kreditkosten und einer zusätzlichen Erleichterung der Abzahlungsbedingungen für Konsumkredite entschlossen, um durch Belebung der Binnennachfrage die nachlassende Exportentwicklung auszugleichen. Gleichzeitig sind Einwirkungsmöglichkeiten über eine den Mindestreserven ähnliche Festlegung von Bankengeldern vorgesehen, die bisher in Frankreich nicht bekannt waren. Bei der gegen-

wärtigen Expansionspolitik kommt Frankreich die vorangegangene Anreicherung seiner Währungsreserven zugute. In einer weniger günstigen außenwirtschaftlichen Situation ist dagegen Großbritannien, wenn eine Anregung notwendig werden sollte. Zwar überdeckt der von dem erhöhten Zinsniveau ausgelöste Geldzufluß noch den Passivsaldo der Zahlungsbilanz, doch ist es fraglich, wie lange dies noch der Fall sein wird; die wirtschaftspolitische Bewegungsfreiheit Großbritanniens ist daher begrenzt.

Die Spannungen im internationalen Zahlungsverkehr sind in den letzten Wochen wiederum durch eine ungenügende Koordinierung der von den einzelnen Volkswirtschaften betriebenen Geld- und Kreditpolitik intensiviert worden. Den nationalen Belangen ist vor allem der Vorrang eingeräumt worden, wo es um die Bekämpfung tatsächlicher und vermeintlicher Übersteigerungstendenzen ging. Auf die außenwirtschaftlichen Beziehungen wurde wenig Rücksicht genommen. Dabei ist übersehen worden, daß eine restriktive Geld- und Kreditpolitik nicht an eine bestimmte Zinshöhe gebunden ist, sondern auch über eine mit Refinanzierungskontingenten und Sollzinsabkommen gekoppelte Diskontpolitik bei einem vergleichsweise niedrigeren Zinsniveau dämpfend eingewirkt werden kann.

Nachteilig ist ferner, daß die mit den internationalen Institutionen geschaffenen Möglichkeiten zur Überbrückung von Zahlungsbilanzschwierigkeiten von den einzelnen wirtschaftspolitischen Instanzen viel zu wenig in ihre Überlegungen einbezogen werden. Die im Vorjahr durchgeführte Aufstockung der Währungsreserven der internationalen Institutionen hat ihren Bestand an Gold- und Dollarreserven bis Mitte 1960 auf fast 6 Mrd. \$ ansteigen lassen. Dies ent-

spricht einer Zunahme um mehr als 3 Mrd. \$ gegenüber dem Stand von Mitte 1958. Die Institutionen haben damit einen erheblichen Teil der internationalen Liquidität an sich gezogen, die brachliegt, wenn die Länder z. B. ihre Ziehungsrechte beim Internationalen Währungsfonds nicht mit in ihre Währungsreserve einrechnen.

In den Vereinigten Staaten von Amerika deuten die vorläufigen Schätzungen des Brutto-sozialprodukts für das dritte Quartal 1960 bereits auf einen Rückgang der Wirtschaftstätigkeit hin. Der konjunkturellen Erlahmung trägt auch der revidierte Haushaltsvoranschlag für das Finanzjahr 1960/61 der amerikanischen Bundesregierung Rechnung. An Stelle eines Überschusses von mehr als 4 Mrd. \$ wird gegenwärtig vor allem auf Grund eines geringeren Aufkommens an Körperschaftsteuern nur noch mit einem Überschuß von rund einer Milliarde \$ gerechnet. Auch diese Schätzung dürfte sich als zu optimistisch erweisen. Es wäre nicht verwunderlich, wenn die — güterwirtschaftlich nicht gerechtfertigten — Bestrebungen der amerikanischen Regierung, einen Haushaltsüberschuß zu erzielen, wiederum zu einem unter Umständen sogar beachtlichen Defizit führen würden.

Die jüngste Phase der allgemeinen Unterbeschäftigung der Produktionsfaktoren in den USA ist von offizieller Seite häufig als Anpassung an eine Entwicklung ohne Preissteigerung dargestellt worden. Dabei hat man jedoch übersehen, daß sich der Anstieg der in der Berechnung des Brutto-sozialprodukts eingehenden Preise im zweiten Quartal in unverändertem Ausmaß fortgesetzt hat. Aus der anschließenden relativen Preisruhe auf eine grundsätzliche Wandlung im Preisverhalten der amerikanischen Wirtschaft schließen zu wollen, erscheint nicht berechtigt, zumindest aber verfrüht.

Die Auftragseingänge bei der verarbeitenden Industrie und die Baubeginne im Wohnungsbau haben im Monat August — dem letzten Monat, für den Angaben vorliegen — leicht zugenommen. Ist es schon grundsätzlich wenig zu empfehlen, aus den Daten für einen einzigen Monat auf die weitere Entwicklung schließen zu wollen, so ist bei der Beurteilung dieser Angaben um so mehr Vorsicht am Platze, als diese Indikatoren in der Vergangenheit häufig kurzfristigen Schwankungen unterlegen haben.

Im Hinblick auf die nach wie vor unbefriedigende Außenwirtschaftssituation — auch 1960 ist mit einem Zahlungsbilanzdefizit in Höhe von 3 Mrd. \$ zu rechnen — hat sich die amerikanische Regierung entschlossen, die Vergabe von militärischen Aufträgen (off-shore-Käufe) an das Ausland einzuschränken und gleichzeitig die militärischen Dienststellen aufgefordert, bei ihren Einkäufen amerikanische Waren zu bevorzugen. Es

handelt sich dabei um jährliche Aufwendungen in einer Größenordnung von mehr als einer Milliarde \$. Ihre Verlagerung dürfte nicht nur die amerikanische Zahlungsbilanz entlasten, sondern zudem auch der Binnenwirtschaft eine willkommene Anregung bieten. Allerdings werden sich dadurch Rüstungsgüter und -leistungen für die amerikanischen Staaten verteuern. Dennoch dürfte die geringe Bereitschaft europäischer Industrieländer, internationale Verpflichtungen zu übernehmen, den Amerikanern keine andere Wahl gelassen haben.

Westdeutschland

Obwohl die Hochkonjunktur in Westdeutschland seit der Jahresmitte deutlich erkennbare Verlangsamungstendenzen zeigt — die Wachstumsrate des westdeutschen Brutto-sozialprodukts wird nominal wie auch real in der zweiten Hälfte dieses Jahres kleiner als die der ersten Jahreshälfte sein — scheint der wichtigste Träger und Expansionsfaktor dieser Hochkonjunktur, nämlich die ungewöhnlich starke Nachfrage nach Investitionsgütern, nach den jetzt vorliegenden Auftragsziffern für August seine alte Kraft behalten zu haben. Auch wenn man diesen Auftragsrekord (der sogar die schon einmal weit über das Normalmaß hinaus gesteigerte Bestelltätigkeit während der Torschlußpanik Ende 1954 in den Schatten stellt) als Monatsergebnis nicht dramatisieren und vor allem nicht vergessen sollte, daß wir uns nicht mehr am Anfang, sondern eher am Ende dieses Auftragsbooms befinden, dürfte doch andererseits auch kein Zweifel darüber bestehen, daß die hohe Investitionsneigung der westdeutschen Wirtschaft ungebrochen ist. Die Gründe für diesen unerschütterten Investitionswillen stehen in einem sehr engen Zusammenhang mit jenen Faktoren, die diesmal — anders als bei früheren konjunkturellen Höhepunkten — die Verlangsamungstendenzen der konjunkturellen Entwicklung nicht von der Nachfrageseite, sondern ganz eindeutig von der Angebotsseite eingeleitet haben.

Die hohe, eine ungewöhnlich starke Angebotsausweitung indizierende reale Wachstumsrate der ersten Jahreshälfte war zu einem erheblichen Teil außergewöhnlich günstigen Bedingungen zu verdanken, die sich im ersten Quartal dieses Jahres kumuliert hatten und hier sowohl in einer über dem Durchschnitt liegenden Ausweitung des Arbeitsvolumens als auch in den damals immer noch vorhandenen Kapazitätsreserven der industriellen Erzeugung und deren erhöhter Auslastung zum Ausdruck gekommen waren.

Der Fortfall oder doch die erhebliche Einschränkung dieser die Angebotsseite stark begünstigenden Sonderbedingungen läßt heute und in absehbarer Zukunft die Ausweitung des Angebots

an industriell erzeugten Gütern in Anpassung an eine weiter anhaltende Zunahme der Nachfrage nur noch im Rahmen der Kapazitätsausweitung zu. Diese weist zwar unter den Bedingungen einer so ausgeprägten Investitionskonjunktur wie der gegenwärtigen nach wie vor eine beträchtliche Zuwachsrate auf, erzwingt aber eben doch aus den vorgenannten Gründen eine Verlangsamung im Tempo der Angebotszunahme. Die Anstrengungen, die von der Wirtschaft gemacht werden, der Knappheit an Arbeitskräften und an zusätzlichen Kapazitäten durch zweckentsprechende Investition zu begegnen, finden in der verstärkten Nachfrage nach Ausrüstungsgütern ihren Niederschlag, die insoweit sowohl Folge der veränderten Wachstumsbedingungen, d. h. dem nunmehrigen Beschreiten des potentiellen Wachstumspfad, als auch Ursache für die verstärkt auftretenden Spannungen in der Angebot-Nachfrage-Konstellation gerade der Investitionsgüterindustrien ist.

Die Investitionsgüterindustrie konnte sich — als besonders konjunkturbegünstigter Zweig — im bisherigen Verlauf dieses Jahres einen wachsenden Anteil am Gesamtzuwachs des Arbeitsvolumens sichern, d. h. die Zahl der Beschäftigten in der Investitionsgüterindustrie nahm infolge besonders günstiger Lohnbedingungen in diesem Bereich gerade in der Phase des verlangsamten Zuwachses der Gesamtbeschäftigung beschleunigt zu. Die Entwicklung der Individuallöhne in den weniger begünstigten Erzeugungsbereichen erhielt hierdurch ebenfalls einen zusätzlichen Auftrieb, da bei der Konkurrenz um die knapper werdenden Arbeitskräfte auch diese Bereiche zur Verteidigung ihrer Position auf dem Arbeitsmarkt sich dem verstärkt steigenden Lohnrend anpassen mußten. Dies und die im Verlauf dieses Jahres erheblich intensiviertere tarifpolitische Aktivität der Gewerkschaften hat das Expansionstempo der Löhne und Gehälter merklich beschleunigt.

Trotz der Anspannung, die sich aus der Konstellation einer von stark wachsenden Investitionsausgaben stimulierten Konjunktur gerade für das Zentrum des Aufschwungs, wie eben dem Investitionsgüterbereich, ergeben mußte, haben sich die Tendenzen einer allgemeinen Preissteigerung auch seit Beginn der zweiten Jahreshälfte nur unwesentlich verstärkt. Die rasch wachsende Einfuhr und die — im Gegensatz zur westdeutschen — sehr viel gemäßigte Konjunktur des westlichen Auslandes mit ihren preisdämpfenden Effekten haben auf die westdeutsche Binnenkonjunktur eingewirkt und zu einem wesentlichen Teil dazu beigetragen, daß sich die westdeutsche Preisentwicklung in ihrem Aufwärtstrend in vertretbaren Grenzen hielt. Die relative Preisstabilität darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Preissteigerungen im einzelnen und vor allem in den konjunkturbegünstigten Bereichen der industriellen Erzeugung leichter durchsetzbar sind.

Es scheint daher angemessen und konjunkturpolitisch durchaus der gegenwärtigen Situation entsprechend, wenn der sich jetzt vollziehende Übergang in eine neue Wachstumsphase (in der das vorhandene Erzeugungs- und Angebotspotential zwar weiter wie bisher durch eine starke Nachfrage optimal ausgelastet wird, in der jedoch nicht mehr mit solchen Sonderbedingungen einer zusätzlichen Angebotsausweitung wie verstärkter Auslastung nichtausgenutzter Kapazitäten und überdurchschnittlicher Ausweitung des Arbeitsvolumens zu rechnen ist) durch solche Maßnahmen erleichtert wird, die vornehmlich einer schnell wirksam werdenden Ausweitung des ausländischen Angebots dienen. Eine zusätzliche Verbilligung der Einfuhrgüter durch befristete und differenzierte Abschaffung der Umsatzausgleichsteuer auf Einfuhrwaren könnte diesem Ziel dienen. Eine derartige Maßnahme hätte gegenüber der gegenwärtig ohnehin nicht in Erwägung gezogenen währungspolitischen Maßnahme einer D-Mark-Aufwertung den Vorzug, daß sie gegebenenfalls revidiert werden kann, daß sie die zwischenstaatlichen Geld- und Kreditbeziehungen nicht, jedenfalls nicht in dem Ausmaß wie eine Kurskorrektur, antasten würde, und daß sie auch jenen Rechnung trägt, die befürchten, mit einer Aufwertung in der breiten Öffentlichkeit unter Umständen sehr gefährliche psychologische Schockwirkungen auszulösen, die bei der weit verbreiteten Unkenntnis der eigentlichen Aufgaben und Hintergründe von Währungsmanipulationen gerade bei der Inflationsmentalität der öffentlichen Meinung den eigentlichen Zweck einer Aufwertung sehr leicht ins Gegenteil verkehren könnten.

Wenn auch die Ausfuhrseite als eine der wesentlichen Komponenten der Gesamtnachfrage in das konjunkturpolitische Instrumentarium einbezogen, d. h. die Ausfuhr durch eine differenzierte Suspendierung der Ausfuhrückvergütung gedrosselt werden soll, so dürfte der experimentelle Charakter eines derartigen Versuchs nicht nur im Hinblick auf die tatsächlich zu erreichenden positiven als auch die wahrscheinlich negativen Wirkungen sehr viel eklatanter als die Beeinflussung der Einfuhrseite sein. Von den Gegnern einer Aufwertung könnte eine Koppelung der Ausfuhrdrosselung mit der Einfuhrstimulierung wohl in erster Linie unter dem Aspekt bejaht werden, daß ein solches Experiment sowohl im Falle seines Gelingens als auch im Falle eines Mißerfolges die Frage der Aufwertung für geraume Zeit, vielleicht sogar endgültig, aus der konjunkturpolitischen Diskussion verbannen würde. Von den rechtlichen Voraussetzungen her würde einer Aussetzung bzw. Abschaffung dieser wettbewerblichen Ausgleichsmaßnahmen jedenfalls nichts im Wege stehen. Nach den zur Zeit bestehenden Vereinbarungen im Rahmen der EWG ist die Bundesrepublik lediglich an eine Anmeldepflicht gebunden.

Die mitteldeutsche Industrieproduktion im ersten Halbjahr 1960

Die im Bericht der „Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik“ für das erste Halbjahr 1960 genannte Wachstumsrate der industriellen Brutto-Produktion von 10 vH¹⁾ überrascht zunächst, da sie gegenüber einem Wachstum von 12 vH im ersten Vierteljahr eine beträchtliche Verminderung des Wachstumstempos im Laufe des zweiten Vierteljahres anzuzeigen scheint. Tatsächlich ist das jedoch nicht der Fall, denn die in den Berichten genannten Zahlen beziehen sich jeweils auf den Kalenderzeitraum und lassen unberücksichtigt, daß das erste Vierteljahr 1960 drei Arbeitstage mehr, das zweite dagegen einen Arbeitstag weniger gehabt hat als im Vorjahr. Arbeitstägig hat die Produktion daher im ersten Vierteljahr die des Vorjahres um 7,5 vH, im zweiten um 9 vH, im gesamten Halbjahr um 8 vH überstiegen.

Überdurchschnittlich hoch waren im ersten Halbjahr wiederum die Produktionsfortschritte im Bereich der metallverarbeitenden Industrie mit 11,8 vH, darunter insbesondere beim allgemeinen Maschinenbau (16,3 vH), bei der Elektrotechnik (15,3 vH) und dem Schiffbau (16,6 vH). Die Fortschrittsrate der Grundstoffindustrien lag mit 6,8 vH unter dem Durchschnitt der Gesamtindustrie, weil der in diese Gruppe miteinbezogene Bergbau um 4,4 vH hinter der Vorjahresproduktion zurückblieb. Die anderen Grundstoffindustrien übertrafen sämtlich die Gesamt-Zuwachsrate von 8 vH. Die sogenannte Leichtindustrie hatte ebenso wie die Industrie der Nahrungs- und Genußmittel insgesamt ein unterdurchschnittliches Wachstum, da die Entwicklung der Textil- und der Bekleidungsindustrie, aber auch der Zellstoff- und Papierindustrie verhältnismäßig schwach war.

Die im ersten Halbjahr 1960 erzielten industriellen Wachstumsraten sind nicht unbeträchtlich hinter der des Vorjahres zurückgeblieben. Besonders stark war dieses Zurückbleiben in den Zweigen der Grundstoff- und Investitionsgüterindustrie, weniger stark in den Zweigen der Leichtindustrie (im Nahrungs- und Genußmittel-sektor konnte 1960 gegenüber 1959 sogar eine höhere Zuwachsrate als in 1959/58 erzielt werden). Innerhalb der einzelnen Gruppen ist das Wachstumstempo in der Energieerzeugung und der Metallurgie etwa gleich geblieben, in der chemischen Industrie jedoch beträchtlich zurückgegangen; im Bergbau war es sogar negativ. Im Rahmen der Metallverarbeitung konnten lediglich die Gießereien und Schmieden die vorjährige Zu-

wachsraten halten, im Konsumgüterbereich lagen ebenfalls alle Industriezweige mit ihren Fortschrittsraten unter denen des Vorjahres mit Ausnahme des Druckereigewerbes und der Nahrungs- und Genußmittelherzeugung, die beide eine erhöhte Zuwachsrate zeigen.

Zuwachsraten der mitteldeutschen Industrieproduktion
Bruttoproduktionswerte zu Planpreisen, kalendermonatlich
jeweils in vH gegenüber der gleichen Vorjahrszeit

Halbjahr	Gesamte Industrie	Grundstoffindustrie	Metallverarbeitende Industrie	Leichtindustrie	Nahrungs- u. Genußmittelindustrie
1957 I.	6,4	7,2	4,6	9,0	4,0
II.	8,7	7,2	16,6	7,0	10,7
1958 I.	12,5	8,8	18,3	10,4	12,4
II.	10,1	8,9	13,8	11,0	4,5
1959 I.	13,0	13,7	21,7	7,5	3,0
II.	12,2	13,2	17,3	7,8	6,5
1960 I.	9,5	8,2	13,3	6,6	8,0

Quellen: 1957 — 1959 „Statistische Jahrbücher der DDR“.
1960 „Statistische Praxis“.

Wenn auch der Produktionsfortschritt im ersten Halbjahr 1960 im ganzen noch annähernd im Rahmen des — nicht veröffentlichten — Planes gelegen haben könnte, so scheinen sich doch im zweiten Vierteljahr stärkere Abweichungen ergeben zu haben. Dies läßt sich schon deshalb vermuten, weil diesmal im Gegensatz zu allen früheren Berichten nichts über den Grad der Planerfüllung in den einzelnen Industriezweigen gesagt worden ist, dagegen aber erneut und mit Nachdruck darauf verwiesen wurde, daß bei wichtigen „Staatsplanpositionen“ die Planziele nicht erreicht wurden. Trotz dieser Mängel in der Planerfüllung sind die erzielten Wachstumsraten aber noch beachtlich hoch.

Infolge des seit Jahren herrschenden Arbeitskräftemangels kamen diese Produktionsfortschritte ausschließlich durch Produktivitätssteigerungen zustande. Sie wurden größtenteils durch die Investitionen ermöglicht (die zahlreichen Versuche, die Produktivität durch organisatorische Verbesserungen zu erhöhen, haben sich dagegen als wenig wirksam erwiesen).

Nach dem Bericht über das zweite Halbjahr haben sich in der Durchführung des Investitionsprogramms, insbesondere im Energie- und Chemieprogramm, zur Zeit Terminüberschreitungen ergeben; im Industriebau bestehen ebenfalls Rückstände. Die damit angedeuteten Schwierigkeiten bei der Durchführung des Investitionsprogramms sind nicht unbeträchtlich, denn die Gesamtsumme der industriellen Investitionen ist nach der monatlichen Berichterstattung bei sinkender Tendenz in den einzelnen Monaten im ersten Halbjahr 1960 etwa 12 vH höher gewesen als 1959, gegenüber mehr als dem doppelten Zuwachs in den gleichen Halbjahren 1959/58.

¹⁾ „Die Wirtschaft“ vom 11. August 1960. Die in diesem Bericht genannten Zahlen sind aufgerundet. Nach der monatlichen Berichterstattung hat der Zuwachs im ersten Vierteljahr 11,7 und im ganzen Halbjahr 9,5 vH betragen. (Andere Ziffern des Berichtes sind nicht nur aufgerundet, sondern wahrscheinlich sogar überhöht, so der Zuwachs der Bauproduktion, der mit 12 vH angegeben wird, nach der monatlichen Berichterstattung aber nur knapp 11 vH betragen hat, und die der Investitionen, bei denen eine Erhöhung um 8 vH angegeben wird, gegenüber nur 7,4 vH nach den Zahlen der monatlichen Berichterstattung).

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin-Dahlem, Königin-Luise-Str. 5 u. Bonn, Koblenzer Str. 170.
Präsident: Prof. Dr. Dr. h. c. Ferdinand Friedensburg. Abteilungsleiterkollegium: Dr. Gerhard Abeken, Dr. Klaus Dieter Arndt, Dr. Ingeborg Köhler-Rieckenberg, Dr. Rolf Krengel, Dr. Hans Liebe, Dr. Herbert Martell, Prof. Dr. Joachim Tiburtius.

Schriftleitung: Dr. Hans Liebe, Berlin-Frohnau, Edelhofdam 36, z.Zt. in Urlaub. Mit der Vertretung beauftragt: Dr. Klaus Dieter Arndt. Verlag: Duncker & Humblot, Berlin-Lichterfelde, Geraniestr. 2. Druck: Buch- und Kunststruckerei Gustav Ahrens, Berlin N 65, Friedrich-Krause-Ufer 24. Alle Rechte vorbehalten. Printed in Germany. Bezugspreis für den Jahrgang (einschließlich Zustellung im Inland) DM 32,—, halbjährlich DM 17,—, vierteljährlich DM 9,—.

